



RING DEUTSCHER BERGINGENIEURE e.V. RDB **Gemeinsames Positionspapier der Bezirksvereine**

06.11.2021

Für den Erhalt des Kohlekompromisses, für Verlässlichkeit in der Energiewende!

Und täglich grüßt das Murmeltier: Im Herbst 2017 und angesichts der damals laufenden Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl positionierten sich 24 Bezirksvereine des RDB Ring Deutscher Bergingenieure e.V. und Unterstützer unter dem Titel „Zurück zur Vernunft – kein vorzeitiger Ausstieg aus der Kohle im Koalitionsvertrag“ für einen im wahrsten Wortsinne vernünftigen Weg in der Energiepolitik.

Was waren vor 4 Jahren unsere Argumente?

- neben dem Umweltaspekt müssen Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit in der Energieversorgung gleichrangige Ziele sein,
- die Verzahnung im Sinne der Effizienz zwischen Energiewirtschaft und energieintensiver Industrie in den Revieren muss als wichtiger Wirtschaftsfaktor Berücksichtigung finden,
- die Schaffung alternativer Arbeitsplätze und alternativer Wirtschaftsstrukturen zur Gestaltung eines Strukturwandels und zur Vermeidung von Strukturbrüchen ist unerlässlich,
- StrukturWANDEL darf nicht nur Floskel sein – und Strukturwandel darf sich nicht im Wegfall von Industriearbeitsplätzen zugunsten des Dienstleistungssektors erschöpfen – eine funktionierende Industrie ist die Basis erfolgreichen Wirtschaftens.

Insbesondere fragten wir uns vor 4 Jahren, wie denn eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung bewerkstelligt werden soll, wenn gleichzeitig auf Atom und Kohle verzichtet und hauptsächlich auf Wind und Sonne gesetzt wird und das ohne nennenswerte Speicher?

Und wo stehen wir jetzt? Nach den Auseinandersetzungen zum Hambacher Forst und dem Ausstieg aus der Steinkohlenförderung 2018? Nach 3 Jahren Fridays for Future? Nach „Kohlekommission“, Kohlekompromiss und Kohleverstromungsbeendigungsgesetz und eiligst vor Ende der Legislatur im Bund in nur knapp 14 Tagen aufgestelltem Klimaschutzgesetz?

Haben die Reviere Klarheit, Sicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen für den Weg des Ausstieges aus der Kohleförderung und -nutzung, für den Wandel in den Revieren, im besten Fall hin zu einem noch immer funktionierenden Industrieviertel mit dann eben anderer Energiebasis?

Haben wir, die Gesellschaft, Klarheit darüber, wie die „Energiewende“ aussehen und geschaffen werden soll? Und was sie kosten und wer sie bezahlen soll?



RING DEUTSCHER BERGINGENIEURE e.V. RDB

Gemeinsames Positionspapier der Bezirksvereine

Nein, haben wir nicht!

Die Reviere haben keine Klarheit, weil die Arbeit der „Kohlekommission“, deren Ergebnis u.a. der landläufig als „Kohlekompromiss“ bezeichnete Pfad zur schrittweisen Beendigung der Kohleverstromung bis Ende 2038 war und der einen gangbaren Weg beschrieb, bereits kaum, dass die Unterschriften trocken waren, wieder in Frage gestellt wurde – mit dem Ziel, dass alles schneller gehen soll.

Nach arbeitsintensiven Anpassungen der Revierplanungen und Planungen zum Strukturwandel an die Eckdaten des Kohlekompromisses haben die Reviere mit den aktuellen Ergebnissen der Sondierung, aus der Kohle „idealerweise“ bis 2030 auszusteigen, in keinerlei Hinsicht Sicherheit und Planbarkeit.

Auch hat die Gesellschaft noch immer keine Klarheit darüber, wie nach der Energiewende und nach dem Kohleausstieg konkret das Energiesystem aussehen soll.

Denn egal, ob in immer wieder gleichen Floskeln betont wird, die (technischen) Lösungen zur kurzfristigen Verabschiedung von allem Fossilen wären da, man müsste sie nur endlich umsetzen, wie es u.a. Fridays for Future fordert, oder ob, weniger radikal, ein Kohleausstieg bis 2030 als machbar skizziert wird, wenn Gas als Brücke in ausreichendem Umfang genutzt wird, wie die aktuelle Studie „Klimapfade 2.0“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) suggeriert. Einen Plan kann man das alles nicht nennen.

Und es sei nur bemerkt, dass die einen bis 2035 auch aus dem Gas aussteigen wollen, die anderen aber einen Kohleausstieg bis 2030 nur für möglich halten u.a. mit dem Zubau von 43 GW an Gaskapazitäten.

Und während es Abschaltpläne für konkrete Kraftwerke an konkreten Standorten zur Genüge gibt, die maximal noch nach vorne verschoben werden sollen, gibt es in dem notwendigen Umfang keine „Anschaltpläne“ für konkrete Anlagen wie Gaskraftwerke, Wind- und Solaranlagen, Erzeugungsanlagen für (grünen) Wasserstoff, Strom-, Gas- und Wasserstoffnetze und -speicher und was sonst noch alles gebraucht wird – in lediglich 10 bis 15 Jahren!

Mal unabhängig von den Energiekosten der Zukunft und der Frage, ob alle Anlagen, die gebraucht würden, in der Kürze der Zeit finanzierbar wären – wer soll das alles in so kurzer Zeit planen, genehmigen, Konflikte mit Betroffenen der Projekte schlichten, bauen und in Betrieb nehmen? Wo nehmen wir die Planer, Anlagenbauer und nicht zuletzt die Kapazitäten bei Genehmigungsbehörden und im Zweifel die der Gerichte her?

Auch wenn diese Fragen nicht nur am Zeitpunkt des Kohleausstiegs hängen, eine Verabschiedung vom Kohlekompromiss verschärft diese Fragen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene immens. Und auf der regionalen Ebene der Reviere besteht die große Gefahr, dass in Folge einer abermaligen Verkürzung der Laufzeit der Kohleverstromung die Gestaltung der Bergbaufolgelandschaften für alle teurer und komplizierter wird, den Projekten zum Strukturwandel schlicht die Zeit und dann auch die Mittel fehlen und der Wandel in den Revieren damit scheitert, dass der (in den Revieren wichtige) Beitrag der Bergbautreibenden im Strukturwandel auf dem Weg hin zu einer anderen industriellen Basis, z.B. mit Hilfe erneuerbarer Energien und Wasserstoff, ausbleibt, dass die wichtige Verzahnung von Energieerzeugung und energieintensiven Industrien in den Revieren verloren geht, dass aus dem gewollten Strukturwandel ein ungewollter Strukturbruch wird!



RING DEUTSCHER BERGINGENIEURE e.V. RDB

Gemeinsames Positionspapier der Bezirksvereine

Aus diesem Grund **fordert der RDB Ring Deutscher Bergingenieure e.V. sowie die unterzeichnenden Bezirksvereine** nach wie vor und genau wie 2017 **endlich zu einer vernünftigen, strukturierten, Planungssicherheit bietenden, technologieoffenen, nicht ideologiegesteuerten Energiepolitik zu kommen.**

Diskussionen darüber, ab wann man auf welche Energieerzeugungsform (vollends) verzichtet, dürfen sich nicht nur am klimapolitisch wünschenswerten „Wollen“, sondern müssen sich auch an den technisch machbaren, wirtschaftlich vertretbaren und ökologisch akzeptablen Lösungen orientieren – also am „Können“!

Ein Kohleausstieg noch früher als 2038 ist aber mindestens vor dem Hintergrund des bereits (fast vollständig erfolgten) Atomausstiegs und der Größe der Aufgaben zum Aufbau einer atomenergiefreien und „klimaneutralen“ Energiewirtschaft wirtschaftlich nicht vertretbar und für dessen technische Machbarkeit fehlt vor dem Hintergrund der Größe der Aufgaben und der Kürze der Zeit auch schlicht die Fantasie!

Wir fordern deshalb - im Sinne des Gelingens der Energiewende und des Gelingens eines Strukturwandels in den Revieren - am 2019 erzielten Kohlekompromiss festzuhalten!